

Ladbergen, 22.01.2025

An
Herrn Bürgermeister Torsten Buller
und
die im Rat der Gemeinde Ladbergen vertretenen Parteien

Antrag zur künftigen Vergabe von kommunalen Wohnungsbaugrundstücken

Beschluss:

Zukünftig werden bei der Ausweisung neuer Baugebiete mindestens 25% der bebaubaren Grundstücke frei am Markt angeboten. Diese Regelung gilt bei Baugebieten mit mind. 10 bebaubaren Grundstücken.

Begründung:

Derzeit werden kommunale Baugebiete nach zwei wesentlichen Kriterien vermarktet. Zum einen sollen 25% der Wohneinheiten für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Zum anderen werden die Grundstücke nach den Vergaberichtlinien der Gemeinde Ladbergen den registrierten Interessenten angeboten. Diese Regelungen sind aus Sicht der FDP-Fraktion auch zielführend.

Als nachteilig hat sich jedoch erwiesen, dass Einzelpersonen, kinderlose Ehepaare und „Nichtladberger“ bei diesem Vergabeverfahren nahezu chancenlos sind ein Grundstück für den Hausbau zu bekommen. Zur besseren sozialen Durchmischung von Wohngebieten ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass auch der Zuzug aus anderen Kommunen in Neubaugebiete möglich ist. Zudem ist es für die FDP-Fraktion eine Frage der Gerechtigkeit, dass jeder die Chance haben muss ein kommunales Baugrundstück zu erhalten.

Auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Ladbergen ist es wichtig wirtschaftlich starke Bewohner in unseren Ort zu bekommen. Diese stärken die Kaufkraft in Ladbergen und zusätzlich erhöhen Sie die Einnahmen für den Gemeindehaushalt über den Anteil an der Einkommensteuer und tragen damit zur Sicherung der Infrastruktur und zur Handlungsfähigkeit der Gemeinde Ladbergen bei.

Der Preis für die frei zu vergebenden Grundstücke kann sich dabei am Marktpreis orientieren und somit die Erlössituation der Gemeinde Ladbergen verbessern.

Eine Vorgabe sollte für die angesprochenen Grundstücke gelten: Die frei erworbenen Flächen dürfen nur zur Eigennutzung dienen. Der Erstbezug sollte innerhalb von 3 Jahren nach Erwerb erfolgen.

Jens Tiemann
Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion